

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**

D. 89 — 1853

20. JUNI 1989. — Dekret über dringende Maßnahmen in Sachen Unterricht

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Exekutive, sanktionieren es :

**KAPITEL I**

*Zur Abänderung der Bezeichnung « Staatlicher Prüfungsausschuß » bzw « Staatliche Prüfungsausschüsse »*

**Artikel 1.** In den koordinierten Gesetzen vom 31. Dezember 1949 über die Verleihung von akademischen Graden und das Programm der Prüfungen an Universitäten, so wie diese Gesetze abgeändert worden sind, und in Artikel 5bis § 2 des Gesetzes vom 7. Juli 1979 über die allgemeine Struktur des Hochschulunterrichts, so wie es abgeändert worden ist, werden die Wörter « staatlicher Prüfungsausschuß » bzw « staatliche Prüfungsausschüsse » durch die Wörter « Prüfungsausschuß der Deutschsprachigen Gemeinschaft » bzw « Prüfungsausschüsse der Deutschsprachigen Gemeinschaft » ersetzt.

**KAPITEL II. — Zur Abänderung der Koordinierten Gesetze über die Verleihung von Akademischen Graden und das Programm der Prüfungen an Universitäten**

**Art. 2.** In Artikel 10 § 3 der vorerwähnten Gesetze vom 31. Dezember 1949 wird der einleitende Satz wie folgt abgeändert : « Die Beglaubigung des Abschluszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts unterliegt der Vorlage eines der folgenden Abschluszeugnisse, die spätestens am Ende des 6. Studienjahres des allgemeinbildenden, technischen oder künstlerischen Sekundarunterrichts oder am Ende des 7. Studienjahres des beruflichen Sekundarunterrichts erlangt worden sind. »

**Art. 3.** In Abweichung von diesen Bestimmungen können die Schüler, die das nach Abschluß des 7. Studienjahres des beruflichen Sekundarunterrichts ausgestellte Abschluszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts am Ende des Schuljahres 1987-1988 oder 1988-1989 erhalten haben, die Beglaubigung dieses Abschluszeugnisses beanspruchen, insofern sie das beglaubigte Abschluszeugnis der Unterstufe des Sekundarunterrichts oder das vom staatlichen Prüfungsausschuß oder von einem der Prüfungsausschüsse der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft oder der Flämischen Gemeinschaft ausgestellte Abschluszeugnis der Unterstufe des Sekundarunterrichts spätestens am 31. Dezember 1989 erhalten.

**KAPITEL III. — Zur Festlegung der Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson im Vollzeitsekundarunterricht des Typs I für das Schuljahr 1989-1990**

**Art. 4.** Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf den Vollzeitsekundarunterricht des Typs I. Es findet keine Anwendung auf den Sondersekundarunterricht.

**Art. 5. § 1.** Die Anzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson im Vollzeitsekundarunterricht des Typs I wird auf der Grundlage einer Anzahl wöchentlicher Unterrichtsstunden-Lehrperson pro Schüler festgelegt.

Unter Unterrichtsstunden-Lehrperson ist die Zahl der Unterrichtsstunden zu verstehen, die wöchentlich dem Unterricht und den anderen Dienstleistungen, die im Stundenkapital der Lehrperson einberechnet werden können, gewidmet werden, mit Ausnahme der Unterrichtsfächer nichtkonfessionelle Sittenlehre und Religion.

§ 2. Die in § 1 erwähnte Anzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson pro Schüler ist das pro Lehranstalt erhaltene Resultat der Teilung der Anzahl der für das Schuljahr 1987-1988 organisierbaren Unterrichtsstunden-Lehrperson durch die Anzahl der regulären Schüler am 1. Oktober 1987.

§ 3. Die Anzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson pro Schüler, so wie sie in § 2 definiert ist, wird getrennt berechnet für :

- a) den beruflichen Sekundarunterricht der Stufen 2 und 3;
- b) das erste Jahr B und das 2. Jahr des beruflichen Sekundarunterrichts;
- c) den technischen und künstlerischen Qualifikationssekundarunterricht der Stufen 2 und 3;
- d) die Studienjahre, die nicht unter a), b) und c) aufgenommen sind.

§ 4. Die Anzahl der pro Anstalt organisierbaren Unterrichtsstunden-Lehrperson ist die nach unten abgerundeten Summe der Resultate, die durch die Multiplikation der Anzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson pro Schüler, so wie sie in § 3 definiert sind, mit der entsprechenden Anzahl regulärer Schüler am 1. Oktober 1989 erhalten werden.

§ 5. In jeder Anstalt wird die in § 2 erwähnte Durchschnittszahl der Unterrichtsstunden-Lehrperson pro Schüler dieser Anstalt den seit dem 1. September 1987 geschaffenen 7 Studienjahren des beruflichen Sekundarunterrichts zuerkannt.

**Art. 6. § 1.** Zur Ermittlung der in Artikel 5 §§ 2 und 3 erwähnten Gesamtzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson pro Schüler in den Anstalten, die aus einer 1989-1990 vorgenommenen Fusion hervorgegangen sind, werden die Zahlen der für das Schuljahr 1987-1988 organisierbaren Unterrichtsstunden-Lehrperson der fusionierten Anstalten zusammengerechnet. Dieses Resultat wird durch die Gesamtzahl regulärer Schüler der fusionierten Anstalten am 1. Oktober 1987 geteilt.

§ 2. Zur Ermittlung der in Artikel 5 §§ 2 und 3 erwähnten Anzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson pro Schüler in den Anstalten, die aus einer 1989-1990 vorgenommenen Teilung hervorgegangen sind, wird die Zahl der für das Schuljahr 1987-1988 in den betreffenden Stufen organisierbaren Unterrichtsstunden-Lehrperson berücksichtigt und durch die Zahl der regulären Schüler der entsprechenden Stufe(n) am 1. Oktober 1987 geteilt.

§ 3. Unter Fusion bzw Teilung von Anstalten ist die in den Artikeln 30 und 33 des Königlichen Erlasses vom 30. März 1982 über die Sekundarunterrichtszentren und zur Festlegung des Rationalisierungs- und Programmierungsplans für den Vollzeitsekundarunterricht erwähnte Fusion bzw Teilung zu verstehen.

**Art. 7. § 1.** Unbeschadet der Bestimmungen von § 2 kann die sich pro Anstalt ergebende Gesamtzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson nach Belieben vom Leiter der Anstalt benutzt werden, nachdem er das Direktions- und Lehrpersonal mit Ausnahme der zeitweilig Angestellten, die nicht für das ganze Schuljahr angeworben worden sind, zu Rate gezogen hat.

§ 2. In bezug auf das erste Jahr B und den beruflichen Sekundarunterricht muß das Resultat der in Artikel 5 §§ 2 und 4 erwähnten Rechnungen, die für die Gesamtheit dieser strukturellen Unterteilungen vorgenommen werden, zu mindestens 95 % für die Gesamtheit dieser strukturellen Unterteilungen benutzt werden.

Art. 8. § 1. Die Übertragung von Unterrichtsstunden-Lehrperson innerhalb verschiedener Anstalten eines selben Netzes ist unter Beachtung folgender Modalitäten zugelassen :

a) unter Einhaltung folgender Reihenfolge :

1. innerhalb verschiedener Anstalten, die zu ein und demselben Unterrichtszentrum gehören, so wie es in dem durch Königlichen Erlaß Nr. 411 vom 25. April 1986 eingefügten Artikel 3 § 2 des Gesetzes vom 29. Mai zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Rechtsvorschriften über den Unterricht definiert ist;

2. innerhalb verschiedener Anstalten, die nicht zu ein und demselben Unterrichtszentrum gehören;

b) mit dem Einverständnis :

— des Direktionsrates des Unterrichtszentrums, für das Unterrichtswesen der Gemeinschaft;

— der Schulträger für das subventionierte Unterrichtswesen und nachdem das Direktions- und Lehrpersonal der betroffenen Anstalten mit Ausnahme der zeitweilig Angestellten, die nicht für das ganze Schuljahr angeworben worden sind, zu Rate gezogen wurde.

Art. 9. Artikel 8, § 2, 2 und 3 des Königlichen Erlasses Nr. 438 vom 11. August 1986 zur Festlegung; für das Schuljahr 1986-1987, der Anzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson für den Vollzeitsekundarunterricht des Typs I wird wie folgt abgeändert :

\* 2 12 und 13, mit Ausnahme, für das Schuljahr 1989-1990, der Bestimmungen über :

— die Unterrichtsfächer nichtkonfessionelle Sittenlehre und Religion;

— die am 1. September 1989 geschaffenen Anstalten;

— die Anstalten, die progressiv geschlossen werden;

— das Studienjahr, das von Typ II zu Typ I übergeht;

3 14 und 15, mit Ausnahme, für das Schuljahr 1989-1990, der Bestimmungen über :

— die am 1. September 1989 geschaffenen Anstalten;

— die Anstalten, die progressiv geschlossen werden;

— das Studienjahr, das von Typ II zu Typ I übergeht; \*.

Art. 10. Die Anzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson darf nur zu 98 % für die Unterrichtsfächer nichtkonfessionelle Sittenlehre und Religion verwendet werden.

Art. 11. Die Anzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson darf nur zu 95 % verwendet werden für :

— das Studienjahr, das von Typ II zu Typ I übergeht;

— die am 1. September 1989 geschaffenen Anstalten;

— die Anstalten, die progressiv geschlossen werden.

Art. 12. Die Exekutive gewährt in außergewöhnlichen Fällen jedem Netz Abweichungen bis zu höchstens 2 % der Gesamtzahl der in diesem Netz für das Schuljahr 1988-1989 organisierbaren Unterrichtsstunden-Lehrperson.

Art. 13. Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 8 kann jeder Schulträger bzw. jede Gruppe von Schulträgern in den von ihm bzw. von ihnen organisierten Anstalten bis zu höchstens 2 % der Gesamtzahl der für das Schuljahr 1988-1989 organisierbaren Unterrichtsstunden-Lehrperson einbehalten, um damit den spezifischen Bedarf mancher unter ihnen decken zu können, wenn dieser Bedarf nach Anwendung von Artikel 12 weiterhin besteht.

#### KAPITEL IV. — Zur Festlegung der Anzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson im Vollzeitsekundarunterricht des Typs II für das Schuljahr 1989-1990

Art. 14. Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf den Vollzeitsekundarunterricht des Typs II. Es findet weder Anwendung auf den Sondersekundarunterricht noch auf den ergänzenden beruflichen Sekundarunterricht.

Art. 15. § 1. Die Anzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson im Vollzeitsekundarunterricht des Typs II wird auf der Grundlage einer Anzahl wöchentlicher Unterrichtsstunden-Lehrperson pro Schüler festgelegt.

Unter Unterrichtsstunden-Lehrperson ist die Zahl der Unterrichtsstunden zu verstehen, die wöchentlich dem Unterricht und den anderen Dienstleistungen, die im Stundenplan der Lehrperson einberechnet werden können, gewidmet werden, mit Ausnahme der Unterrichtsfächer nichtkonfessionelle Sittenlehre und Religion.

§ 2. Die in § 1 erwähnte Anzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson pro Schüler ist das pro Lehranstalt erhaltene Resultat der Teilung der Anzahl der für das Schuljahr 1987-1988 organisierbaren Unterrichtsstunden-Lehrperson durch die Anzahl regulärer Schüler am 1. Oktober 1987.

§ 3. Die Anzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson pro Schüler, so wie sie in § 2 definiert ist, wird getrennt berechnet für :

a) den beruflichen Sekundarunterricht;

b) den allgemeinbildenden, technischen und künstlerischen Sekundarunterricht.

§ 4. Die Anzahl der pro Anstalt organisierbaren Unterrichtsstunden-Lehrperson ist die nach unten abgerundete Summe der Resultate, die durch die Multiplikation der Anzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson pro Schüler, so wie sie in § 3 definiert sind, mit der entsprechenden Anzahl regulärer Schüler am 1. Oktober 1989 erhalten werden.

§ 5. In jeder Anstalt wird die in § 2 erwähnte Durchschnittszahl der Unterrichtsstunden-Lehrperson pro Schüler dieser Anstalt den seit dem 1. Dezember 1987 geschaffenen 7 Studienjahren des beruflichen Sekundarunterrichts zuerkannt.

Art. 16. § 1. Zur Ermittlung der in Artikel 15 §§ 2 und 3 erwähnten Gesamtzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson pro Schüler in den Anstalten, die aus einer 1989-1990 vorgenommenen Fusion hervorgegangen sind, werden die Zahlen der für das Schuljahr 1987-1988 organisierbaren Unterrichtsstunden-Lehrperson der fusionierten Anstalten zusammengerechnet. Dieses Resultat wird durch die Gesamtzahl regulärer Schüler der fusionierten Anstalten am 1. Oktober 1987 geteilt.

§ 2. Unter Fusion von Anstalten ist die in Artikel 30 des Königlichen Erlasses vom 30. März 1982 über die Sekundarunterrichtszentren und zur Festlegung des Rationalisierungs- und Programmierungsplans für den Vollzeitsekundarunterricht erwähnte Fusion zu verstehen.

**Art. 17. § 1.** Unbeschadet der Bestimmungen von § 2 kann die sich pro Anstalt ergebende Gesamtzahl Unterrichtsstunden-Lehrperson nach Belieben vom Leiter der Anstalt benutzt werden, nachdem er das Direktions- und Lehrpersonal mit Ausnahme der zeitweilig Angestellten, die nicht für das ganze Schuljahr angeworben worden sind, zu Rate gezogen hat.

§ 2. In bezug auf den beruflichen Sekundarunterricht muß das Resultat der in Artikel 15 §§ 2 und 4 erwähnten Berechnungen, die getrennt für die Gesamtheit dieser Unterrichtsform vorgenommen werden, zu mindestens 95 % für die Gesamtheit dieser Unterrichtsform benutzt werden.

**Art. 18. § 1.** Die Übertragung von Unterrichtsstunden-Lehrperson innerhalb verschiedener Anstalten eines selben Netzes ist unter Beachtung folgender Modalitäten zugelassen :

a) unter Einhaltung folgender Reihenfolge :

1. innerhalb verschiedener Anstalten, die zu ein und demselben Unterrichtszentrum gehören, so wie es in dem durch Königlichen Erlaß Nr. 411 vom 25 April 1986 eingefügten Artikel 3 § 2 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Rechtsvorschriften über den Unterricht definiert ist;

2. innerhalb verschiedener Anstalten, die nicht zu ein und demselben Unterrichtszentrum gehören.

b) mit dem Einverständnis der Schulträger des subventionierten Unterrichtswesens und nachdem das Direktions- und Lehrpersonal der betroffenen Anstalten mit Ausnahme der zeitweilig Angestellten, die nicht für das ganze Schuljahr angeworben worden sind, zu Rate gezogen wurde.

**Art. 19.** Während des Schuljahres 1989-1990 finden :

a) Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 15. August 1963 zur Abänderung des Regentenerlasses vom 1. März 1949 über die Bedingungen zur Schaffung, Beibehaltung und Schließung von Klassen und Studienabteilungen in den staatlichen Anstalten für Sekundarunterricht;

b) Artikel 2, 1. Absatz 3 mit Ausnahme der Lit. a) und b) und Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 15. Dezember 1973 zur Festlegung der Normen für die Teilung und Zusammenlegung von Studienjahren im technischen Sekundarunterricht, im technischen, wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, paramedizinischen, sozialen, pädagogischen und künstlerischen Hochschulunterricht des kurzen Typs, im technischen und landwirtschaftlichen Hochschulunterricht des 2. Grades;

mit Ausnahme der Bestimmungen über :

— die Unterrichtsfächer nichtkonfessionelle Sittenlehre und Religion;

— die Schaffung oder die Schließung von Anstalten keine Anwendung auf den Sekundarunterricht des Typs II.

**Art. 20.** Während des Schuljahres 1989-1990 finden :

a) der Königliche Erlaß vom 4. März 1954 zur Festlegung der für die Abteilungen des technischen Unterrichts geltenden Mindestnormen in bezug auf die Schülerzahl;

b) der Königliche Erlaß vom 19. Oktober 1959 zur Anwendung von Artikel 24 des obenerwähnten Gesetzes vom 29. Mai 1959 im Sekundarunterricht des Typs II keine Anwendung auf :

— das 7. Studienjahr des Berufsunterrichts;

— die Abteilungen, die endgültig für die Bezuschussung zugelassen sind.

**Art. 21.** Die Exekutive gewährt in außergewöhnlichen Fällen jedem Netz Abweichungen bis zu höchstens 2 % der Gesamtzahl der in diesem Netz für das Schuljahr 1988-1989 organisierbaren Unterrichtsstunden-Lehrperson.

**Art. 22.** Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 18 kann jeder Schulträger bzw jede Gruppe von Schulträgern in den von ihm bzw von ihnen organisierten Anstalten bis zu höchstens 2 % der Gesamtzahl der für das Schuljahr 1988-1989 organisierbaren Unterrichtsstunden-Lehrperson einbehalten, um damit den spezifischen Bedarf mancher unter ihnen decken zu können, wenn dieser Bedarf nach Anwendung von Artikel 21 weiterhin besteht.

#### KAPITEL V. — Verlängerung der Übergangsmaßnahmen, die in den Artikeln 22, 22bis und 26 des Gesetzes vom 11. Juli 1973 enthalten sind

**Art. 23.** Artikel 22 des Gesetzes vom 11. Juli 1973 zur Abänderung des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Rechtsvorschriften über den Unterricht wird durch folgende Bestimmung ergänzt :

« Artikel 22. Als Übergangsmaßnahme und in Erwartung eines Erlasses der Exekutive, der gemäß Artikel 12bis des vorerwähnten Gesetzes die Wiedereinstellung der Personalmitglieder, die in Ermangelung einer Arbeitsstelle zur Disposition gestellt sind, einheitlich für das Schuljahr 1989-1990 die Wiedereinstellung der subventionierten Personalmitglieder des Vorschul-, Primar-, Sekundar- und Hochschulunterrichts, die in Ermangelung einer Arbeitsstelle zur Disposition gestellt sind, sowie die Bewilligung eines Wartegehaltszuschusses zugunsten der Personalmitglieder, die nicht wiederingestellt werden konnten. »

**Art. 24.** Artikel 22bis desselben Gesetzes, der durch das Gesetz vom 10. Dezember 1974 eingefügt worden ist, wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

« Artikel 22bis. Als Übergangsmaßnahme kann die Exekutive vor dem 31. August 1990 die Modalitäten der Festlegung der Gehaltszuschüsse für subventionierte Personalmitglieder festlegen, die, obwohl sie nicht Inhaber der erforderlichen Diplome sind, Inhaber anderer Befähigungsnachweise sind, die sie für ausreichend erachtet. »

**Art. 25.** In der Nr. 4 des Artikels 26 desselben Gesetzes, die durch das Gesetz vom 10. Dezember 1974 eingefügt und durch das Gesetz vom 1. August 1988 abgeändert worden ist, werden die Wörter « 1. September 1983 » durch die Wörter « 31. August 1990 » ersetzt.

#### KAPITEL VI. — Zur Abänderung der Prozentsätze der Abweichungen, die im Sonderschulwesen gewährt werden

**Art. 26.** Artikel 6, § 2 des Königlichen Erlasses Nr. 65 vom 20. Juli 1982, der die Art und Weise festlegt, nach der die Funktionen des Direktions- und Lehrpersonals in den Einrichtungen des Sonderschulwesens bestimmt werden, wird durch folgende Anordnung ersetzt :

« § 2. Diese Abweichungen werden in jedem Schulnetz begrenzt auf :

a) 0,25 %, für das Grundschulwesen;

b) 10 %, für das Sekundarschulwesen,

der Gesamtzahl der Unterrichtsstunden, die im vorhergehenden Schuljahr gewährt wurden.

**Art. 27.** Im Artikel 4, § 2 des Königlichen Erlasses Nr. 66 vom 20. Juli 1982, der die Art und Weise festlegt, nach der die Funktionen des Verwaltungs- und Erziehungspersonals in den Einrichtungen des Sonderschulwesens, mit Ausnahme der Internate oder Halbinternate, bestimmt werden, werden die Wörter « 0,25 % » ersetzt durch « 0,50 % ».

**Art. 28.** Im Artikel 6, § 2 des Königlichen Erlasses Nr. 67 vom 20. Juli 1982, der die Art und Weise festlegt, nach der die Funktionen des paramedizinischen Personals in den Einrichtungen des Sonderschulwesens, mit Ausnahme der Internate oder Halbinternate, bestimmt werden, werden die Wörter « 0,25 % » ersetzt durch « 0,50 % ».

**Art. 29.** Im Artikel 9, § 2 des Königlichen Erlasses Nr. 184 vom 30. Dezember 1982, der die Art und Weise festlegt, nach der die Funktionen des paramedizinischen und des den Internaten zugesprochenen Personals für die Staatlichen Institute des Sonderschulwesens bestimmt werden, werden die Wörter « 0,25 % » ersetzt durch « 2,50 % ».

#### KAPITEL VII. — *Schlußbestimmungen*

**Art. 30.** § 1. Artikel 1 gilt ab 1. Januar 1989.

§ 2. Die Artikel 2 und 3 gelten ab 1. September 1987.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 26. Juni 1989.

Der Vorsitzender der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Ausbildung, kulturelle Animation und Medien,

B. FAGNOUL

Der Gemeinschaftsminister für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,

M. GROSCH

#### TRADUCTION

#### COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 89 — 1853

#### 26 JUIN 1989. — Decret portant des mesures urgentes en matière d'enseignement

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Exécutif, sanctionnons ce qui suit :

#### CHAPITRE I<sup>er</sup>. — *Modifiant l'appellation « Jury(s) d'Etat »*

**Article 1<sup>er</sup>.** Dans les lois coordonnées du 31 décembre 1949 sur la collation des grades académiques et le programme des examens universitaires, telles qu'elles ont été modifiées, ainsi que dans l'article 5bis, § 2 de la loi du 7 juillet 1970 relative à la structure générale de l'enseignement supérieur telle qu'elle a été modifiée, les mots « jury(s) d'Etat » sont remplacés par les mots « jury(s) de la Communauté germanophone ».

#### CHAPITRE II. — *Modifiant les lois coordonnées sur la collation des grades académiques et le programme des examens universitaires*

**Art. 2.** A l'article 10, § 3 des lois du 31 décembre 1949 précitées, la phrase introductive est modifiée comme suit : « L'homologation du certificat d'enseignement secondaire supérieur est subordonnée à la production d'un des titres suivants obtenus au plus tard à la fin de la 6<sup>e</sup> année d'études des enseignements secondaires général, technique ou artistique ou à la fin de la 7<sup>e</sup> année d'études de l'enseignement secondaire professionnel ».

**Art. 3.** Par dérogation à ces dispositions, les élèves ayant obtenu le certificat d'enseignement secondaire supérieur délivré au terme de la 7<sup>e</sup> année d'études de l'enseignement secondaire professionnel à l'issue de l'année scolaire 1987-1988 ou 1988-1989, pourront prétendre à l'homologation de ce certificat pour autant qu'ils obtiennent le certificat homologué d'enseignement secondaire inférieur ou le certificat d'enseignement secondaire inférieur délivré par le jury d'Etat ou un des jurys de la Communauté germanophone, de la Communauté française ou de la Communauté flamande, a plus tard le 31 décembre 1989.

#### CHAPITRE III. — *Fixant le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type I pour l'année scolaire 1989-1990*

**Art. 4.** Le présent chapitre s'applique à l'enseignement secondaire de plein exercice de type I. Il ne s'applique pas à l'enseignement secondaire spécial.

**Art. 5.** § 1<sup>er</sup>. Le nombre de périodes-professeur dans l'enseignement secondaire de plein exercice de type I est établi sur base d'un nombre de périodes-professeur hebdomadaires par élève.

Par périodes-professeur, il faut entendre le nombre de périodes consacrées hebdomadairement à l'enseignement des cours et aux autres prestations qui peuvent être reprises dans la charge du professeur, à l'exception des cours de morale non confessionnelle et de religion.

§ 2. Le nombre de périodes-professeur par élève, visé au § 1<sup>er</sup>, est le résultat, par établissement scolaire, de la division du nombre de périodes-professeur organisables de l'année scolaire 1987-1988 par le nombre d'élèves réguliers au 1<sup>er</sup> octobre 1987.

§ 3. Le nombre de périodes-professeur par élève tel que défini au § 2 est calculé séparément pour :

- a) l'enseignement secondaire professionnel des deuxième et troisième degrés;
- b) la première année B et la deuxième année de l'enseignement secondaire professionnel;
- c) l'enseignement secondaire technique et artistique de qualification des deuxième et troisième degrés;
- d) les années d'études qui ne sont pas reprises aux a), b) et c).

§ 4. Le nombre de périodes-professeur organisables par établissement est la somme, arrondie vers le bas, des résultats obtenus par la multiplication des nombres de périodes-professeur par élève tels que définis au § 3 par le nombre d'élèves réguliers correspondant, au 1<sup>er</sup> octobre 1989.

§ 5. Dans chaque établissement, le nombre moyen de périodes-professeur par élève de cet établissement, visé au § 2, est attribué aux septièmes années d'études de l'enseignement secondaire professionnel créées à partir du 1<sup>er</sup> septembre 1987.

Art. 6. § 1<sup>er</sup>. Pour le calcul du nombre global de périodes-professeur par élève visé à l'article 5, §§ 2 et 3, dans les établissements issus d'une fusion opérée en 1989-1990, les nombres de périodes-professeur organisables de l'année scolaire 1987-1988 des établissements fusionnés sont additionnés. Ce résultat est divisé par le nombre total d'élèves réguliers au 1<sup>er</sup> octobre 1987 des établissements fusionnés.

§ 2. Pour le calcul du nombre de périodes-professeur par élève visé à l'article 5, §§ 2 et 3, dans les établissements issus d'une scission opérée en 1989-1990, le nombre de périodes-professeur organisables du ou des degrés concernés de l'année scolaire 1987-1988 est pris en considération et divisé par le nombre d'élèves réguliers au 1<sup>er</sup> octobre 1987 du ou des degrés concernés.

§ 3. Par fusion ou scission d'établissements, il faut entendre la fusion ou la scission visées aux articles 30 et 33 de l'arrêté royal du 30 mars 1982 relatif aux centres d'enseignement secondaire et fixant le plan de rationalisation et de programmation de l'enseignement secondaire de plein exercice.

Art. 7. § 1<sup>er</sup>. Sans préjudice des dispositions du § 2, le nombre global de périodes-professeur par établissement peut être utilisé librement par le chef d'établissement après consultation du personnel directeur et enseignant, à l'exception des temporaires non recrutés pour la totalité de l'année scolaire.

§ 2. En ce qui concerne la première année B et l'enseignement secondaire professionnel, le résultat des calculs visés à l'article 5, §§ 2 et 4 effectués séparément pour l'ensemble de ces subdivisions de structure, doit être utilisé à concurrence de 95 % au moins pour l'ensemble de ces subdivisions de structure.

Art. 8. Le transfert de périodes-professeur entre établissements d'un même réseau est autorisé selon les modalités ci-dessous :

a) en respectant l'ordre suivant :

1<sup>o</sup> entre établissements appartenant à un même centre d'enseignement tel que défini à l'article 3, § 2 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement inséré par l'arrêté royal n° 411 du 25 avril 1986;

2<sup>o</sup> entre établissements n'appartenant pas à un même centre d'enseignement;

b) moyennant l'accord :

— du conseil de direction du centre d'enseignement pour l'enseignement de la Communauté;

— des pouvoirs organisateurs pour l'enseignement subventionné, et après consultation du personnel directeur et enseignant des établissements concernés, à l'exception des temporaires non recrutés pour la totalité de l'année scolaire.

Art. 9. L'article 8, § 2, 2<sup>o</sup> et 3<sup>o</sup> de l'arrêté royal n° 438 du 11 août 1986 établissant pour l'année scolaire 1986-1987 le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type I est modifié comme suit :

« 2<sup>o</sup> 12 et 13, sauf pour l'année scolaire 1989-1990 en ce qui concerne :

— les cours de morale non confessionnelle et de religion;

— les établissements créés au 1<sup>er</sup> septembre 1989;

— les établissements en fermeture progressive;

— l'année d'études qui passe du type II au type I;

3<sup>o</sup> 14 et 15, sauf pour l'année scolaire 1989-1990 en ce qui concerne :

— les établissements créés au 1<sup>er</sup> septembre 1989;

— les établissements en fermeture progressive;

— l'année d'études qui passe du type II au type I; ».

Art. 10. Le nombre de périodes-professeur ne peut être utilisé qu'à concurrence de 98 % pour :

— les cours de morale non confessionnelle et de religion.

Art. 11. Le nombre de périodes-professeur ne peut être utilisé qu'à concurrence de 95 % pour :

— l'année d'études qui passe du type II au type I;

— les établissements créés au 1<sup>er</sup> septembre 1989;

— les établissements en fermeture progressive.

Art. 12. Le Ministre de la Formation accordera à chaque réseau des dérogations à concurrence d'un maximum de 2 % du nombre global de périodes-professeur organisables de l'année scolaire 1988-1989 du réseau concerné, pour des cas exceptionnels.

Art. 13. Ans préjudice des dispositions de l'article 8, chaque pouvoir organisateur ou groupe de pouvoirs organisateurs peut prélever un nombre de périodes-professeur, à concurrence d'un maximum correspondant à 2 % du nombre global de périodes-professeur organisables en 1988-1989, dans les établissements qu'il organise, pour permettre de répondre aux besoins spécifiques de certains d'entre eux, si ces besoins subsistent après application de l'article 12.

#### CHAPITRE IV. — Fixant le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type II pour l'année scolaire 1989-1990

Art. 14. Le présent chapitre s'applique à l'enseignement secondaire de plein exercice de type II. Il ne s'applique ni à l'enseignement secondaire spécial, ni à l'enseignement professionnel secondaire complémentaire.

Art. 15. § 1<sup>er</sup>. Le nombre de périodes-professeur dans l'enseignement secondaire de plein exercice de type II est établi sur base d'un nombre de périodes-professeur hebdomadaires par élève.

Par périodes-professeur, il faut entendre le nombre de périodes consacrées hebdomadairement à l'enseignement des cours et aux autres prestations qui peuvent être reprises dans la charge du professeur, à l'exception des cours de morale non confessionnelle et de religion.

§ 2. Le nombre de périodes-professeur par élève, visé au § 1<sup>er</sup>, est le résultat, par établissement scolaire, de la division du nombre de périodes-professeur organisables de l'année scolaire 1987-1988 par le nombre d'élèves réguliers au 1<sup>er</sup> octobre 1987.

§ 3. Le nombre de périodes-professeur par élève tel que défini au § 2 est calculé séparément pour :

a) l'enseignement secondaire professionnel;

b) l'enseignement secondaire général, technique et artistique.

§ 4. Le nombre de périodes-professeur organisables par établissement est la somme, arrondie vers le bas, des résultats obtenus par la multiplication des nombres de périodes-professeur par élève tels que définis au § 3 par le nombre d'élèves réguliers correspondant, au 1<sup>er</sup> octobre 1989.

§ 5. Dans chaque établissement, le nombre moyen de périodes-professeur par élève de cet établissement, visé au § 2, est attribué aux septièmes années d'études de l'enseignement secondaire professionnel créées à partir du 1<sup>er</sup> septembre 1987.

**Art. 16. § 1<sup>er</sup>.** Pour le calcul du nombre global de périodes-professeur par élève visé à l'article 15, §§ 2 et 3, dans les établissements issus d'une fusion opérée en 1989-1990, les nombres de périodes-professeur organisables de l'année scolaire 1987-1988 des établissements fusionnés sont additionnés.

Ce résultat est divisé par le nombre total d'élèves réguliers au 1<sup>er</sup> octobre 1987 des établissements fusionnés.

§ 2. Par fusion d'établissements, il faut entendre la fusion visée à l'article 30 de l'arrêté royal du 30 mars 1982 relatif aux centres d'enseignement secondaire et fixant le plan de rationalisation et de programmation de l'enseignement secondaire de plein exercice.

**Art. 17. § 1<sup>er</sup>.** Sans préjudice des dispositions du § 2, le nombre global de périodes-professeur par établissement peut être utilisé librement par le chef d'établissement après consultation du personnel directeur et enseignant, à l'exception des temporaires non recrutés pour la totalité de l'année scolaire.

§ 2. En ce qui concerne l'enseignement secondaire professionnel, le résultat des calculs visés à l'article 15, §§ 2 et 4 effectués séparément pour l'ensemble de cette forme d'enseignement, doit être utilisé à concurrence de 95 % au moins pour cette forme d'enseignement.

**Art. 18.** Le transfert de périodes-professeur entre établissements d'un même réseau est autorisé selon les modalités ci-dessous :

a) en respectant l'ordre suivant :

1<sup>o</sup> entre établissements appartenant à un même centre d'enseignement tel que défini à l'article 3, § 2 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement inséré par l'arrêté royal n<sup>o</sup> 411 du 25 avril 1988;

2<sup>o</sup> entre établissements n'appartenant pas à un même centre d'enseignement;

b) moyennant l'accord des pouvoirs organisateurs de l'enseignement subventionné, après consultation du personnel directeur et enseignant des établissements concernés, à l'exception des temporaires non recrutés pour la totalité de l'année scolaire.

**Art. 19.** Ne sont pas d'application pendant l'année scolaire 1989-1990 pour l'enseignement secondaire de type II, à l'exception de ce qui concerne :

— les cours de morale non confessionnelle et de religion;

— la création ou la suppression d'établissements :

a) l'article 2 de l'arrêté royal du 15 août 1963 modifiant l'arrêté du Régent du 1<sup>er</sup> mars 1949 portant les conditions de création, de maintien et de suppression de classes et de sections d'études dans les établissements d'enseignement secondaire de l'Etat;

b) l'article 2, 1<sup>o</sup>, alinéa 3, à l'exception des littéras a) et b) et l'article 3 de l'arrêté royal du 15 décembre 1973 déterminant les normes de dédoublement et de regroupement d'année(s) d'études dans l'enseignement technique secondaire, dans les enseignements supérieurs technique, économique, agricole, paramédical, social, pédagogique et artistique de type court, dans les enseignements supérieurs technique et agricole du deuxième degré.

**Art. 20.** Ne sont pas d'application pendant l'année scolaire 1989-1990 pour l'enseignement secondaire de type II pour :

— la septième année d'études de l'enseignement professionnel;

— les sections admises définitivement aux subventions :

a) l'arrêté royal du 4 mars 1954 fixant les minima de population scolaire des sections d'enseignement technique;

b) l'arrêté royal du 19 octobre 1959 portant application de l'article 24 de la loi précitée du 29 mai 1959.

**Art. 21.** Le Ministre de la Formation accordera à chaque réseau des dérogations à concurrence d'un maximum de 2 % du nombre global de périodes-professeur organisables de l'année scolaire 1988-1989 du réseau concerné, pour des cas exceptionnels.

**Art. 22.** Sans préjudice des dispositions de l'article 18, chaque pouvoir organisateur ou groupe de pouvoirs organisateurs peut prélever un nombre de périodes-professeur, à concurrence d'un maximum correspondant à 2 % du nombre global de périodes-professeur organisables en 1988-1989, dans les établissements qu'il organise, pour permettre de répondre aux besoins spécifiques de certains d'entre eux, si ces besoins subsistent après application de l'article 21.

#### CHAPITRE V. — *Prorogation des mesures transitoires contenues dans les articles 22, 22bis et 26 de la loi du 11 juillet 1973*

**Art. 23.** L'article 22 de la loi du 11 juillet 1973 modifiant la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement est complété par la disposition suivante :

« par mesure transitoire et en attendant qu'un arrêté de l'Exécutif règle, d'une façon uniforme pour tous les réseaux d'enseignement subventionné, la réaffectation des membres du personnel mis en disponibilité par défaut d'emploi conformément à l'article 12bis de la loi précitée, l'Exécutif règle, pour l'année scolaire 1989-1990, la réaffectation des membres du personnel subventionnés de l'enseignement préscolaire, primaire, secondaire et supérieur mis en disponibilité par défaut d'emploi, ainsi que l'octroi d'une subvention-traitement d'attente aux membres du personnel qui n'ont pas pu être réaffectés. »

**Art. 24.** L'article 22bis de la même loi, inséré par la loi du 10 décembre 1974, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 22bis. Par mesure transitoire et avant le 31 août 1990, l'Exécutif peut, pour les membres du personnel subventionnés qui, sans posséder les titres requis sont toutefois porteurs d'autres titres de capacité qu'il juge suffisants, déterminer les modalités de fixation des subventions-traitements. »

**Art. 25.** A l'article 26, 4<sup>o</sup> de la même loi, inséré par la loi du 10 décembre 1974 et modifié par la loi du 1<sup>er</sup> août 1988, les mots « 1<sup>er</sup> septembre 1983 » sont remplacés par les mots « 31 août 1990 ».

CHAPITRE VI. — *Modifiant les pourcentages de dérogations accordées à l'enseignement spécial*

**Art. 26.** L'article 5, § 2, de l'arrêté royal n° 65 du 20 juillet 1982, fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel directeur et enseignant dans les établissements d'enseignement spécial, est remplacé par la disposition suivante :

« § 2. Ces dérogations sont limitées, par réseau d'enseignement, à :

a) 0,25 p.c. pour l'enseignement fondamental;

b) 10 p.c. pour l'enseignement secondaire,

du nombre total de périodes qui était accordé l'année scolaire précédente. ».

**Art. 27.** A l'article 4, § 2, de l'arrêté royal n° 66 du 20 juillet 1982, fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel administratif et du personnel auxiliaire d'éducation dans les établissements d'enseignement spécial, à l'exception des internats ou semi-internats, les mots « 0,25 p.c. » sont remplacés par les mots « 0,50 p.c. ».

**Art. 28.** A l'article 6, § 2, de l'arrêté royal n° 67 du 20 juillet 1982, fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel paramédical dans les établissements d'enseignement spécial, à l'exception des internats ou semi-internats, les mots « 0,25 p.c. » sont remplacés par les mots « 0,50 p.c. ».

**Art. 29.** A l'article 9, § 2, de l'arrêté royal n° 184 du 30 décembre 1982, fixant la façon de déterminer, pour les instituts d'enseignement spécial de l'Etat, les fonctions du personnel paramédical et du personnel attribué dans le cadre de l'internat, les mots « 0,25 p.c. » sont remplacés par les mots « 2,50 p.c. ».

CHAPITRE VII. — *Dispositions finales*

**Art. 30.** § 1<sup>er</sup>. L'article 1<sup>er</sup> produit ses effets au 1<sup>er</sup> janvier 1989.

§ 2. Les articles 2 et 3 produisent leurs effets au 1<sup>er</sup> septembre 1987.

Promulguons le présent décret, ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 26 juin 1989.

Le Président de l'Exécutif,

J. MARAITE

Le Ministre communautaire de la Formation,  
de l'Animation culturelle et des Médias,

B. FAGNOUL

Le Ministre communautaire pour le Sport, la Jeunesse,  
la Formation permanente et les Affaires sociales,

M. GROSCH

—  
VERTALING  
—

—  
DUITSTALIGE GEMEENSCHAP  
—

N. 89 — 1853

26 JUNI 1989. — Decreet houdende dringende maatregelen inzake onderwijs

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Executieve, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Tot wijziging van de benaming « Examencommissie(s) van de Staat »*

**Artikel 1.** In de gecoördineerde wetten van 31 december 1949 op het toekennen van de academische graden en het programma van de universitaire examens, zoals ze werden gewijzigd, en in artikel 5bis, § 2, van de wet van 7 juli 1970 betreffende de algemene structuur van het hoger onderwijs, zoals ze werd gewijzigd, worden de woorden « examencommissie(s) van de Staat » vervangen door de woorden « examencommissie(s) van de Duitstalige Gemeenschap ».

HOOFDSTUK II. — *Tot wijziging van de gecoördineerde wetten op het toekennen van de academische graden en het programma van de universitaire examens*

**Art. 2.** In artikel 10, § 3, van voornoemde wetten van 31 december 1949 wordt de inleidende zin gewijzigd als volgt :

« Voor de homologatie van het getuigschrift van hoger secundair onderwijs dient het bewijs te worden voorgelegd dat ten laatste op het einde van het zesde leerjaar van het secundair algemeen vormend, technisch of kunstonderwijs of op het einde van het zevende leerjaar van het secundair beroepsonderwijs één van de volgende bekwaamheidsbewijzen werd bekomen ».

**Art. 3.** In afwijking van deze bepalingen kunnen de leerlingen die in het bezit zijn van het getuigschrift van hoger secundair onderwijs uitgereikt op het einde van het zevende leerjaar van het secundair beroepsonderwijs na afloop van het schooljaar 1987-1988 of 1988-1989; de homologatie van bedoeld getuigschrift bekomen indien ze, ten laatste op 31 december 1989 het gehomologeerd getuigschrift van lager secundair onderwijs of het getuigschrift van lager secundair onderwijs uitgereikt door de examencommissie van de Staat of door één van de examencommissies van de Duitstalige Gemeenschap, van de Franse Gemeenschap of van de Vlaamse Gemeenschap bekomen.

HOOFDSTUK III. — *Tot vaststelling van het aantal uren-leerkracht voor het secundair onderwijs van type I met volledig leerplan voor het schooljaar 1989-1990*

**Art. 4.** Dit hoofdstuk is van toepassing op het secundair onderwijs van type I met volledig leerplan. Het is niet van toepassing op het buitengewoon secundair onderwijs.

**Art. 5. § 1.** Het aantal uren-leerkracht in het secundair onderwijs van type I met volledig leerplan wordt vastgesteld op basis van een aantal wekelijkse uren-leerkracht per leerling.

Onder uren-leerkracht wordt verstaan het aantal lestijden dat wekelijks besteed wordt aan het onderwijzen van de leervakken en de andere prestaties die in de opdracht van de leerkracht mogen opgenomen worden, met uitzondering van de cursussen godsdienst en niet-confessionele zedenleer.

**§ 2.** Het aantal uren-leerkracht per leerling, bedoeld in § 1, is per onderwijsinrichting het resultaat van de deling van het aantal aanwendbaren uren-leerkracht van het schooljaar 1987-1988 door het aantal regelmatige leerlingen op 1 oktober 1987.

**§ 3.** Het aantal uren-leerkracht per leerling, zoals bepaald in § 2, wordt afzonderlijk berekend voor :

- a) de tweede en de derde graad van het secundair beroepsonderwijs;
- b) het eerste leerjaar B en het tweede leerjaar van het secundair beroepsonderwijs;
- c) de tweede en de derde graad van de kwalificatieafdeling van het secundair technisch en kunstonderwijs;
- d) de leerjaren die niet begrepen zijn in a), b) en c).

**§ 4.** Het totaal aantal uren-leerkracht per onderwijsinrichting is gelijk aan de naar beneden afgeronde som van de resultaten van de vermenigvuldiging van het aantal uren-leerkracht per leerling, zoals bepaald in § 3, met het respectieve aantal regelmatige leerlingen op 1 oktober 1988.

**§ 5.** In elke onderwijsinrichting wordt het gemiddeld aantal uren-leerkracht per leerling van de inrichting, bedoeld in § 2, toegekend aan de zevende leerjaren van het secundair beroepsonderwijs ingericht vanaf 1 september 1987.

**Art. 6. § 1.** Voor inrichtingen die in 1989-1990 ontstaan uit fusie wordt, voor de berekening van het aantal uren-leerkracht per leerling, bedoeld in artikel 5, §§ 2 en 3, het aantal aanwendbaren uren-leerkracht van het schooljaar 1987-1988 van de tot de fusie toegetreden inrichtingen samengevoegd en gedeeld door het totaal aantal regelmatige leerlingen op 1 oktober 1987 van de tot fusie toegetreden inrichtingen.

**§ 2.** Voor inrichtingen die in 1989-1990 ontstaan door splitsing wordt, voor de berekening van het aantal uren-leerkracht per leerling, bedoeld in artikel 5, §§ 2 en 3, het aantal aanwendbare uren-leerkracht van de betrokken graad of graden van het schooljaar 1987-1988 in aanmerking genomen en gedeeld door het aantal regelmatige leerlingen op 1 oktober 1987 van de betrokken graad of graden.

**§ 3.** Met fusie of splitsing van instellingen wordt hier bedoeld de fusie of de splitsing waarvan sprake in de artikelen 30 en 33 van het koninklijk besluit van 30 maart 1982 betreffende de scholengemeenschappen voor secundair onderwijs en houdende het rationalisatie- en programmatieplan van het secundair onderwijs met volledig leerplan.

**Art. 7. § 1.** Onverminderd de bepalingen vermeld in § 2, mag het totaal aantal uren-leerkracht per onderwijsinrichting door het inrichtings-hoofd vrij worden aangewend na raadpleging van het bestuurs- en onderwijzend personeel, met uitzondering van de tijdelijke personeelsleden die niet voor de ganse duur van het schooljaar werden aangesteld.

**§ 2.** Wat het eerste leerjaar B en het secundair beroepsonderwijs betreft, dient het resultaat van de in artikel 5, §§ 2 en 4 bedoelde berekeningen, afzonderlijk uitgevoerd voor het geheel van deze structuuronderdelen, ten minste voor 95 pct. voor deze structuuronderdelen te worden aangewend.

**Art. 8.** De overdracht van uren-leerkracht tussen de inrichtingen van eenzelfde onderwijsnet is toegestaan op de volgende wijze :

a) mits onderstaande volgorde wordt nageleefd :

1° tussen de inrichtingen behorend tot eenzelfde scholengemeenschap, zoals bedoeld in artikel 3, § 2, van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving, ingevoegd door het koninklijk besluit nr. 411 van 25 april 1986;

2° tussen de inrichtingen die niet tot eenzelfde scholengemeenschap behoren.

b) met de instemming van :

- de bestuursraad van de scholengemeenschap, voor het gemeenschapsonderwijs;
- de inrichtende machten van het gesubsidieerd onderwijs, en na raadpleging van het bestuurs- en onderwijzend personeel van de betrokken inrichtingen, met uitzondering van de tijdelijke personeelsleden die niet voor de ganse duur van het schooljaar werden aangesteld.

**Art. 9.** Artikel 8, § 2, 2° en 3° van het koninklijk besluit nr. 438 van 11 augustus 1986 tot vaststelling van het aantal uren-leerkracht voor het secundair onderwijs van type I met volledig leerplan voor het schooljaar 1986-1987, wordt gewijzigd als volgt :

• 2° 12 en 13, behalve tijdens het schooljaar 1989-1990 voor :

- de cursussen godsdienst en niet-confessionele zedenleer;
- de inrichtingen die per 1 september 1989 worden opgericht;
- de inrichtingen die geleidelijk worden afgebouwd;
- het leerjaar dat van type II naar type I overgaat;

• 3° 14 en 15, behalve tijdens het schooljaar 1989-1990 voor :

- de inrichtingen die per 1 september 1989 worden opgericht;
- de inrichtingen die geleidelijk worden afgebouwd;
- het leerjaar dat van type II naar type I overgaat; ».

**Art. 10.** Het aantal uren-leerkracht mag slechts voor 98 % worden aangewend :

- voor de cursussen godsdienst en niet-confessionele zedenleer.

**Art. 11.** Het aantal uren-leerkracht mag slechts voor 95 % worden aangewend voor :

- het leerjaar dat van type II naar type I overgaat;
- de inrichtingen die per 1 september 1989 worden opgericht;
- de inrichtingen die geleidelijk worden afgebouwd.

**Art. 12.** De Minister bevoegd voor de vorming verleent in uitzonderlijke gevallen in elk onderwijsnet afwijkingen ten belope van maximum 2 % van het totaal aantal aanwendbare uren-leerkracht van het schooljaar 1988-1989 in het betrokken net.

**Art. 13.** Onverminderd de bepalingen van artikel 8, kan elke inrichtende macht of groep van inrichtende machten een aantal uren-leerkracht ten belope van maximum 2 % van het totaal aantal aanwendbare uren-leerkracht in 1988-1989 opnemen in haar inrichtingen om te voldoen aan de behoeften van inrichtingen met specifieke problemen, als er nog behoefte is na toepassing van artikel 12.



**HOOFDSTUK IV. — Tot vaststelling van het aantal uren-leerkracht voor het secundair onderwijs van type II met volledige leerplan voor het schooljaar 1989-1990**

**Art. 14.** Dit hoofdstuk is van toepassing op het secundair onderwijs van type II met volledig leerplan. Het is niet van toepassing op het buitengewoon secundair onderwijs en op het aanvullend secundair beroeps-onderwijs.

**Art. 15. § 1.** Het aantal uren-leerkracht in het secundair onderwijs van type II met volledig leerplan wordt vastgesteld op basis van een aantal wekelijkse uren-leerkracht per leerling.

Onder uren-leerkracht wordt verstaan het aantal lestijden dat wekelijks besteed wordt aan het onderwijzen van de leervakken en de andere prestaties die in de opdracht van de leerkracht mogen opgenomen worden, met uitzondering van de cursussen godsdienst en niet-confessionele zedenleer.

§ 2. Het aantal uren-leerkracht per leerling, bedoeld in § 1, is per inrichting het resultaat van de deling van het aantal aanwendbare uren-leerkracht van het schooljaar 1987-1988, door het aantal regelmatige leerlingen op 1 oktober 1987.

§ 3. Het aantal uren-leerkracht per leerling, zoals bepaald in § 2, wordt afzonderlijk berekend voor :

- a) het secundair beroepsonderwijs;
- b) het secundair algemeenvormend, technisch en kunst onderwijs.

§ 4. Het totaal aantal uren-leerkracht per onderwijsinrichting is gelijk aan de naar beneden afgeronde som van de resultaten van de vermenigvuldiging van het aantal uren-leerkracht per leerling, zoals bepaald in § 3, met het respectieve aantal regelmatige leerlingen op 1 oktober 1989.

§ 5. In elke onderwijsinrichting wordt het gemiddeld aantal uren-leerkracht per leerling van de inrichting, bedoeld in § 2, toegekend aan de zevende leerjaren van het secundair beroepsonderwijs ingericht vanaf 1 september 1987.

**Art. 16. § 1.** Voor inrichtingen die in 1989-1990 ontstaan uit fusie wordt, voor de berekening van het aantal uren-leerkracht per leerling, bedoeld in artikel 15, §§ 2 en 3, het aantal aanwendbare uren-leerkracht van het schooljaar 1987-1988 van de tot de fusie toegetreden inrichtingen samengevoegd en gedeeld door het totaal-aantal regelmatige leerlingen per 1 oktober 1987 van de tot fusie toegetreden inrichtingen.

§ 2. Met fusie van instellingen wordt hier bedoeld de fusie waarvan sprake in artikel 30 van het koninklijk besluit van 30 maart 1983 betreffende de scholengemeenschappen voor secundair onderwijs en houdende het rationalisatie- en programmatieplan voor het secundair onderwijs met volledig leerplan.

**Art. 17. § 1.** Onverminderd de bepalingen van § 2, mag het totaal aantal uren-leerkracht per onderwijsinrichting door het inrichtingshoofd vrij worden aangewend na raadpleging van het bestuurs- en onderwijzend personeel, met uitzondering van de tijdelijke personeelsleden die niet voor de ganse duur van het schooljaar werden aangesteld.

§ 2. Wat het secundair beroepsonderwijs betreft, dient het resultaat van de in §§ 2 en 4 van artikel 15 bedoelde berekeningen, afzonderlijk uitgevoerd voor het geheel van deze onderwijsvorm, voor ten minste 95 procent voor deze onderwijsvorm te worden aangewend.

**Art. 18.** De overdracht van uren-leerkracht tussen de inrichtingen van eenzelfde onderwijsnet is toegestaan op de volgende wijze :

a) mits onderstaande volgorde wordt nageleefd :

1° tussen de inrichtingen behorend tot eenzelfde scholengemeenschap, zoals bedoeld in artikel 3, § 2, van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving, ingevoegd door het koninklijk besluit nr. 411 van 25 april 1986;

2° tussen de inrichtingen die niet tot eenzelfde scholengemeenschap behoren.

b) met de instemming van de inrichtende machten van het gesubsidieerd onderwijs, en na raadpleging van het bestuurs- en onderwijzend personeel van de betrokken inrichtingen, met uitzondering van de tijdelijke personeelsleden die niet voor de ganse duur van het schooljaar werden aangesteld.

**Art. 19.** Zijn niet van toepassing voor het schooljaar 1989-1990 in het secundair onderwijs van type II, behalve voor de :

— cursussen godsdienst en niet-confessionele zedenleer;

— oprichting of afschaffing van onderwijsinrichtingen :

a) artikel 2 van het koninklijk besluit van 15 augustus 1963 tot wijziging van het besluit van de Regent van 1 maart 1949 houdende de voorwaarden waaronder de klassen en studieafdelingen in de Rijksinrichtingen voor middelbaar onderwijs mogen opgericht, behouden of afgeschaft worden;

b) artikel 2, 1°, derde lid, met uitzondering van de littera's a) en b), en artikel 3 van het koninklijk besluit van 15 december 1973 houdende bepaling van de splitsings- en hergroeperingsnormen van studie jaren in het secundair technisch onderwijs, in het technisch, economisch, agrarisch, paramedisch, sociaal, pedagogisch en artistiek hoger onderwijs van het korte type, in het technisch en agrarische hoger onderwijs van de tweede graad.

**Art. 20.** Zijn niet van toepassing voor het schooljaar 1989-1990 in het secundair onderwijs van type II voor :

— het zevende leerjaar van het beroepsonderwijs;

— de afdelingen die definitief in de toelageregeling opgenomen zijn :

a) het koninklijk besluit van 4 maart 1954 tot vaststelling van de minimale schoolbevolking der afdelingen voor technisch onderwijs;

b) het koninklijk besluit van 19 oktober 1959 houdende toepassing van artikel 24 van voornoemde wet van 29 mei 1959.

**Art. 21.** De Minister bevoegd voor de vorming verleent in uitzonderlijke gevallen in elk onderwijsnet afwijkingen ten belope van maximum 2 % van het totaal aantal aanwendbare uren-leerkracht van het schooljaar 1988-1989 in het betrokken net.

**Art. 22.** Onverminderd de bepalingen van artikel 18, kan elke inrichtende macht of groep van inrichtende machten een aantal uren-leerkracht ten belope van maximum 2 % van het totaal aantal aanwendbare uren-leerkracht in 1988-1989 opnemen in haar inrichting om te voldoen aan de behoeften van inrichtingen met specifieke problemen, als er nog behoefte is na toepassing van artikel 21.

**HOOFDSTUK V. — Verlenging van de geldigheidsduur van de overgangsmaatregelen  
vervat in de artikelen 22, 22bis en 26 van de wet van 11 juli 1973**

**Art. 23.** Artikel 22 van de wet van 11 juli 1973 houdende wijziging van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving, wordt aangevuld met de volgende bepaling :

« Bij overgangsmaatregel en in afwachting dat een besluit van de Executieve op eenvormige wijze voor alle gesubsidieerde onderwijsnetten een regeling treft inzake reffectatie van de bij ontstentenis van betrekking ter beschikking gestelde personeelsleden, overeenkomstig artikel 12bis van de voornoemde wet van 29 mei 1959, regelt de Executieve, voor het schooljaar 1989-1990, de reffectatie van de gesubsidieerde personeelsleden van het voorschools, lager, secundair en hoger onderwijs, die bij ontstentenis van betrekking ter beschikking werden gesteld, evenals het toekennen van een weddetoelage als wachtgeld aan de personeelsleden die niet konden gereffecteerd worden ».

**Art. 24.** Artikel 22bis van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 10 december 1974, wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 22bis. Bij overgangsmaatregel en voor 31 augustus 1990 mag de Executieve voor de gesubsidieerde personeelsleden die zonder over de vereiste bekwaamheidsbewijzen te beschikken, houder zijn van bekwaamheidsbewijzen die ze voldoende acht, de modaliteiten voor het vaststellen van de weddetoelagen bepalen ».

**Art. 25.** In artikel 26, 4<sup>o</sup> van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 10 december 1974 en gewijzigd bij de wet van 1 augustus 1988, worden de woorden « 1 september 1983 » vervangen door « 31 augustus 1990 ».

**HOOFDSTUK VI. — Tot wijziging van het percentage afwijkingen  
toegestaan aan het buitengewoon onderwijs**

**Art. 26.** Artikel 5, § 2, van het koninklijk besluit nr. 65 van 20 juli 1982 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het bestuurs- en onderwijzend personeel worden bepaald in de inrichtingen voor buitengewoon onderwijs, wordt door de volgende bepaling vervangen :

« § 2. Bedoelde afwijkingen worden per onderwijsnet beperkt tot :

a) 0,25 p.c. voor het basisonderwijs;

a) 10 p.c. voor het secundair onderwijs,

van het totale aantal lessen dan vorig schooljaar werd toegekend. ».

**Art. 27.** In artikel 4, § 2, van het koninklijk besluit nr. 66 van 20 juli 1982 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het administratief personeel en het opvoedend hulp personeel worden bepaald in de inrichtingen voor buitengewoon onderwijs met uitzondering van de internaten of semi-internaten, worden de woorden « 0,25 p.c. » vervangen door de woorden « 0,50 p.c. ».

**Art. 28.** In artikel 6, § 2, van het koninklijk besluit nr. 67 van 20 juli 1982 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het paramedisch personeel worden bepaald in de inrichtingen voor buitengewoon onderwijs met uitzondering van de internaten of semi-internaten, worden de woorden « 0,25 p.c. » vervangen door de woorden « 0,50 p.c. ».

**Art. 29.** In artikel 9, § 2, van het koninklijk besluit nr. 184 van 30 december 1982 tot vaststelling van de wijze waarop voor de Rijkinstellingen voor buitengewoon onderwijs de ambten worden bepaald van het paramedisch personeel en van het personeel, toegekend in het kader van het internaat worden de woorden « 0,25 p.c. » vervangen door de woorden « 2,50 p.c. ».

**HOOFDSTUK VII. — Slotbepalingen**

**Art. 30. § 1.** Artikel één heeft uitwerking op 1 januari 1989.

§ 2. De artikelen 2 en 3 hebben uitwerking op 1 september 1987.

Kondigen dit decreet af, bevelen dat het met 's lands zegel zal worden bekleed en door het *Belgisch Staatsblad* zal worden bekendgemaakt.

Eupen, 26 juni 1989.

De Voorzitter van de Executieve,

J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Vorming, Culturele Animatie en Media,

B. FAGNOUL

De Gemeenschapsminister van Sport, Jeugd, Permanente Vorming en Sociale Zaken,

M. GROSCH

D. 89 — 1854

**30. AUGUST 1989. — Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft  
zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Gemeinschaftsminister**

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Artikels 59ter der Verfassung;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über die institutionellen Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere des Artikels 51;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, wie es abgeändert wurde;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 3. Dezember 1986 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Gemeinschaftsminister;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 3. Dezember 1986 zur Regelung der Unterzeichnung des Erlasses der Exekutive;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1;  
 Aufgrund der Dringlichkeit;  
 In Erwägung der Tatsache, daß nach dem Sondergesetz vom 8. August 1988 über die Reform der Institutionen und nach der Abänderung des Verfassungsartikels 59ter die Neuverteilung der Funktionen innerhalb der Exekutive zur Gewährleistung der Kontinuität ihrer Arbeit keinen Aufschub duldet;  
 Aus Vorschlag des Vorsitzenden der Exekutive,

Beschliesst :

**Artikel 1.** Für die Anwendung vorliegenden Erlasses versteht man unter « Sondergesetz » das Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, abgeändert durch das Gesetz vom 8. August 1988, das Sondergesetz vom 12. Januar 1989 bezüglich der Brüsseler Institutionen sowie durch das Sondergesetz vom 16. Januar 1989 über die Finanzierung der Gemeinschaften und der Regionen.

**Art. 2.** Der vorliegende Erlaß verteilt die Aufgaben innerhalb der Exekutive im Hinblick auf die Vorbereitung und die Ausführung ihrer Beschlüsse.

**Art. 3. § 1.** Herr Joseph Maraite, Gemeinschaftsminister und Vorsitzender der Exekutive, ist zuständig für :

- 1° die Koordinierung der Politik der Exekutive;
- 2° die Finanzen und den Haushalt;
- 3° die Organisation der Verwaltung der Exekutive einschließlich der Verwaltungskontrolle und des Personals;
- 4° internationale und zwischengemeinschaftliche Beziehungen zu den nationalen und regionalen Institutionen, mit Ausnahme der Außenbeziehungen in den einzelnen Sachbereichen, die in die Zuständigkeit eines anderen Mitgliedes der Exekutive fallen;
- 5° die in Artikel 4, 6°bis und 10° des Sondergesetzes vorgesehenen Angelegenheiten;
- 6° die Infrastruktur im Unterrichtswesen sowie die Infrastruktur in den Angelegenheiten, für die er aufgrund des vorliegenden Erlasses zuständig ist, mit Ausnahme der Infrastruktur, deren Eigentümer, Miteigentümer oder Verwalter die Deutschsprachige Gemeinschaft ist.

§ 2. Herr Joseph Maraite trägt den Titel « Vorsitzender der Exekutive ».

**Art. 4. § 1.** Herr Bruno Fagnoul, Gemeinschaftsminister, ist zuständig für :

- 1° das Unterrichtswesen wie in Artikel 59ter, § 2, 3., der Verfassung vorgesehen, mit Ausnahme der Infrastruktur im Unterrichtswesen;
- 2° die in Artikel 4, 2°, 4°, 11°, 12°, 13° und 14° des Sondergesetzes vorgesehenen Angelegenheiten;
- 3° die in Artikel 4, 1°, 3°, 5° und 6° des Sondergesetzes vorgesehenen Angelegenheiten einschließlich der Aufsicht über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- 4° die in Artikel 4, 8° des Sondergesetzes vorgesehenen Angelegenheiten mit Ausnahme der ständigen Weiterbildung;
- 5° die Infrastruktur in den Angelegenheiten, für die er aufgrund vorliegenden Erlasses zuständig ist sowie die Infrastruktur deren Eigentümer, Miteigentümer oder Verwalter die Deutschsprachige Gemeinschaft ist, mit Ausnahme der Infrastruktur im Unterrichtswesen;
- 6° die ständige Weiterbildung im Mittelstand und in der Landwirtschaft.

§ 2. Herr Bruno Fagnoul trägt den Titel « Gemeinschaftsminister für Unterricht, Ausbildung, kulturelle Animation und Medien ».

**Art. 5. § 1.** Herr Mathieu Grosch, Gemeinschaftsminister, ist zuständig für :

- 1° die in Artikel 4, 7°, 9°, 15° und 16° des Sondergesetzes vorgesehenen Angelegenheiten mit Ausnahme der ständige Weiterbildung im Mittelstand und in der Landwirtschaft;
- 2° die Infrastruktur in den Angelegenheiten, für die er aufgrund vorliegenden Erlasses zuständig ist, mit Ausnahme der Infrastruktur, deren Eigentümer, Miteigentümer oder Verwalter die Deutschsprachige Gemeinschaft ist;
- 3° die in Artikel 4, 8° des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen vorgesehenen Angelegenheiten mit Ausnahme der kulturellen Animation;
- 4° die in Artikel 5, § 1, I. und II. des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen vorgesehenen Angelegenheiten.

§ 2. Herr Mathieu Grosch trägt den Titel « Gemeinschaftsminister für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales ».

**Art. 6.** Jeder Gemeinschaftsminister ist für die Ausarbeitung jedes Entwurfs zwecks Schaffung, Organisation und Kontrolle der Institutionen oder Einrichtungen zuständig, die zu seinem Zuständigkeitsbereich gehören.

**Art. 7. § 1.** In Artikel 1, § 1, des Erlasses der Exekutive vom 3. Dezember 1986 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Gemeinschaftsminister werden die Wörter « aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 3. Dezember 1986 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Gemeinschaftsminister » ersetzt durch die Wörter : « aufgrund des Erlasses der Exekutive vom ... 1989 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Gemeinschaftsminister ».

§ 2. In Artikel 1 des Erlasses der Exekutive vom 3. Dezember 1986 zur Regelung der Unterzeichnung der Erlasse der Exekutive werden die Wörter « gemäß dem Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 3. Dezember 1986 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Gemeinschaftsminister » ersetzt durch die Wörter : « gemäß dem Erlaß der Exekutive vom ... 1989 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Gemeinschaftsminister ».

**Art. 8.** Der Erlaß der Exekutive vom 3. Dezember 1986 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Gemeinschaftsminister, abgeändert durch den Erlaß der Exekutive vom 29. April 1987, ist aufgehoben.

**Art. 9.** Vorliegender Erlaß tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

**Art. 10.** Die Gemeinschaftsminister sind jeder in seinem Zuständigkeitsbereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 30. August 1989.

Der Vorsitzende der Exekutive,  
J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Unterricht, Ausbildung, kulturelle Animation und Medien,  
B. FAGNOUL

Der Gemeinschaftsminister für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,  
M. GROSCH

TRADUCTION

F. 89 — 1854

**30 AOUT 1989. — Arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone fixant la répartition des compétences entre les Ministres communautaires**

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu l'article 59<sup>ter</sup> de la Constitution;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 51;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, telle qu'elle a été modifiée;

Vu l'arrêté de l'Exécutif du 3 décembre 1986 relatif au transfert des pouvoirs de décision aux Ministres communautaires;

Vu l'arrêté de l'Exécutif du 3 décembre 1986 réglant la signature des arrêtés de l'Exécutif;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1<sup>er</sup>;

Vu l'urgence;

Considérant que suite à la loi spéciale du 8 août 1988 de réformes institutionnelles et à la modification de l'article 59<sup>ter</sup> de la Constitution, il faut procéder sans délai à une nouvelle répartition des compétences au sein de l'Exécutif afin d'assurer la continuité dans son travail;

Sur proposition du Président de l'Exécutif,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** Pour l'application du présent arrêté on entend par « loi spéciale » la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles modifiée par la loi du 8 août 1988, par la loi spéciale du 12 janvier 1989 relative aux Institutions bruxelloises, ainsi que par la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communautés et Régions.

**Art. 2.** Le présent arrêté répartit les tâches au sein de l'Exécutif en vue de la préparation et de l'exécution de ses décisions.

**Art. 3. § 1.** M. Joseph Maraite, Ministre communautaire, est compétent pour :

- 1° la coordination de la politique de l'Exécutif;
- 2° les finances et le budget;
- 3° l'organisation administrative de l'Exécutif, y compris le contrôle administratif et le personnel;
- 4° les relations internationales et intercommunautaires, ainsi que les relations avec les institutions nationales et régionales, à l'exception des relations extérieures dans les domaines particuliers relevant de la compétence d'un autre membre de l'Exécutif;
- 5° les matières prévues à l'article 4, 6°*bis* et 10° de la loi spéciale;
- 6° l'infrastructure dans le domaine de l'enseignement, ainsi que dans les matières pour lesquelles il est compétent en vertu de cet arrêté, à l'exception de l'infrastructure dont la Communauté germanophone est propriétaire, copropriétaire ou administrateur.

§ 2. M. Joseph Maraite porte le titre de « Président de l'Exécutif » (« Vorsitzender der Exekutive »).

**Art. 4. § 1.** M. Bruno Fagnoul, Ministre communautaire, est compétent pour :

- 1° l'enseignement au sens de l'article 59<sup>ter</sup>, § 2, 3° de la Constitution, à l'exception de l'infrastructure dans le domaine de l'enseignement;
- 2° les matières prévues à l'article 4, 2°, 4°, 11°, 12°, 13°, 14° de la loi spéciale;
- 3° les matières prévues à l'article 4, 1°, 3°, 5° et 6° de la loi spéciale y compris la tutelle du Centre belge de Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone;
- 4° les matières prévues à l'article 4, 8° de la loi spéciale, à l'exception de l'Education permanente;
- 5° l'infrastructure dans les matières pour lesquelles il est compétent, en vertu de cet arrêté ainsi que l'infrastructure dont la Communauté germanophone est propriétaire, copropriétaire ou administrateur, à l'exception de l'infrastructure dans le domaine de l'enseignement;
- 6° la formation permanente dans les classes moyennes et l'agriculture.

§ 2. M. Bruno Fagnoul porte le titre de « Ministre communautaire de l'Enseignement, de la Formation, de l'Animation culturelle et des Média » (« Gemeinschaftsminister für Unterricht, Ausbildung, kulturelle Animation und Medien »).

**Art. 5. § 1.** M. Mathieu Grosch, Ministre communautaire, est compétent pour :

- 1° les matières prévues à l'article 4, 7°, 9°, 15° et 16° de la loi spéciale, à l'exception de la formation permanente dans les classes moyennes et l'agriculture;